

NEUAUFTEILUNG DER ÖL- RESSOURCEN

Luis Mesa Delmonte

„Kein Blut für Öl“ lautet eine zentrale Losung der Kriegsgegner. Um wessen Öl es geht und wer es warum haben will, erläutert unser kubanischer Autor. Es zeigt auf, dass die Rohstoffinteressen der USA vom Golf über den Kaukasus und Russland bis nach China reichen und welches Gefahrenpotential in dieser Expansionspolitik liegen könnte.

Der Autor arbeitet am Zentrum für Afrikastudien und den Mittleren Osten in Kuba. Der Beitrag erschien zuerst am 14.1.2003 in der Tageszeitung *junge Welt*. Die Übersetzung aus dem Spanischen besorgte Harald Neuber

Die Militarisierung des Globus ist Teil der neoliberalen Agenda. Die US-Armee bereitet seit Jahren den langfristigen Einsatz im Mittleren Osten und Zentralasien vor.

Für die weltweiten Einsätze der US-Armee hat das Pentagon fünf regionale Kommandos geschaffen. Im nordamerikanischen Bereich ist das Joint-Forces-Kommando (USJFCOM) zuständig, für das militärische Engagement in Mittel- und Südamerika zeichnet das Southern Command (USSOUTHCOM) verantwortlich. Das Pacific Command (USPACOM) ist in Asien und Ozeanien aktiv, Europa wurde mit dem European Command (USEUCOM) bedacht. Neben diesen vier strategischen Einheiten kommt dem Central Command (USCENTCOM) eine besondere Rolle zu. Das mag an seinem Einsatzbereich liegen: Afrika, die arabische Halbinsel, der Persische Golf und Zentralasien.

CARTER-DOKTRIN UND GOLFKRIEG

Das Interesse an dieser Region ist keineswegs neu. Schon inmitten des Kalten Krieges Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre hatte sich für den Mittleren Osten und Zentralasien in Washington der Terminus des »arc of crisis«, »Bogen der Krise«, durchgesetzt. Dazu hatte vor allem die Revolution im Irak 1978/1979 und der Vormarsch der sowjetischen Truppen im Kampf gegen die Mudschaheddin in Afghanistan beigetragen. Die sicherheitspolitischen Strategen Washingtons entwickelten damals das heute unter dem Namen Carter-Doktrin bekannte Papier. Dessen Quintessenz könnte wie folgt formuliert werden: Jede Handlung einer nicht befreundeten Macht, die ihre Kontrolle in der Golfregion, in erster Linie also auf die energetischen Ressourcen auszuweiten versucht, wird als Bedrohung für die vitalen Interessen der USA betrachtet und als solche bekämpft; wenn nötig mit militärischen Mitteln.

Um diese neue Konzeption realisieren zu können, wurden im März 1980 die »Rapid Deployment Task Forces« (RDJTF) geschaffen.

Das Pentagon setzte sich schon damals vehement für neue Garantien zur Stationierung der eigenen Truppen zu Wasser und zu Lande ein, um so einen eventuellen Einsatz in der Region möglichst reibungslos und ohne Zeitverzögerung ablaufen zu lassen. Anfang 1983, zu Beginn der Amtszeit von Ronald Reagan, wurden die RDJTF zum US Central Command.

Die Invasion des Irak in Kuwait 1990 bewirkte einen beschleunigten Umbau der militärischen Strukturen der USA in der Region. Der Golfkrieg 1990 und 1991 diente Washington nicht nur dazu, seinen neuen globalen Führungsanspruch zu festigen, er bildete auch die Basis für eine enge sicherheitspolitische und meist geheime Zusammenarbeit mit Staaten der Region. Eine besondere Rolle spielte hierbei der 1981 gegründete Golf-Kooperationsrat (GCC). Seit dessen Existenz haben sich die Beziehungen der regionalen Staaten untereinander unter dem Gesichtspunkt verändert, wer im Falle einer Bedrohung die US-Streitkräfte zu Hilfe rufen kann und wer diese Möglichkeit nicht hat. In den vergangenen Jahren ist die Militärpräsenz der USA in der Region aber keineswegs mehr optional. Direkte und permanente Truppenstationierungen sind ebenso eine Realität wie vertraglich gesicherte Zugriffsrechte für den Fall künftiger Interventionen, die Steigerung der Rüstungsgeschäfte mit Staaten der Region, gemeinsame Manöver, engere Beratung oder das ständige Zugriffsrecht auf regionale Militärbasen in den einen oder temporäre Nutzungsrechte in anderen Ländern.

Eine regionale Gegenbewegung, in deren Rahmen besonders seit Mitte der neunziger Jahre bi- und multilaterale militärische und rüstungsindustrielle Abkommen zwischen Staaten der Region unterzeichnet wurden, hat kaum Erfolge gebracht. Das US-Militär ist inzwischen zu einem ständigen Faktor in der Region geworden, der unübersehbare Auswirkungen auf die globale Sicherheitslage hat.

Die so errichtete Präsenz der US-Armee in der Region hat erst die Basis für die ständige Überwachung des Irak und die immer wieder geflogenen Angriffe in den vergangenen Jahren geschaffen. Finanziert wurden sie zu einem guten Teil von den Mitgliedsstaaten des GCC und mit dem aus Washington gelieferten Argu-

ment, sich gegen die »Bedrohung« aus dem Irak und dem Iran schützen zu müssen. Die so entstandenen enormen Kosten für die arabischen Monarchien und der wachsende Widerstand in der Bevölkerung gegen die ständige Präsenz ausländischer Truppen in den jeweiligen Staaten wird dabei zunehmend zum innenpolitischen Konfliktpunkt. In mehreren Staaten führt die Opposition politische Kampagnen gegen die traditionellen Machtstrukturen, in denen sie sie der Korruption beschuldigt und als prowestlich und antiislamisch diffamiert. Diese Kampagnen bekommen von Mal zu Mal mehr Zulauf.

Den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 folgte eine rasche Reaktion Washingtons. Primäres Ziel waren die Angriffe auf das Al-Qaida-Netzwerk und in zweiter Konsequenz gegen die Taliban-Milizen, die seinen Anhängern in Afghanistan Schutz boten. Im Rahmen dieser Aktion wurden die Truppenstärken in der Region einmal mehr massiv verstärkt und neue Abkommen zu ihrem Einsatz geschlossen.

Heute, mehr als zehn Jahre nach der Auflösung der UdSSR, verfügen die USA über ein komplexes militärisches und politisches Netzwerk im Mittleren Osten, das es ihnen erlaubt, in den kaukasischen Raum vorzudringen. Dieser »erweiterte Mittlere Osten«, in dem US-Militärbasen wie Pilze aus dem Boden schießen, ist traditionell russisches Einflussgebiet. Die Ereignisse des 11. September und der folgende »Krieg gegen den Terrorismus« gaben einer Entwicklung neue Dynamik, die schon lange ihren Lauf genommen hatte. Bereits im Oktober 1999 erweiterte das USCENTCOM seinen Einflussbereich formell um die ehemals sowjetischen Republiken Zentralasiens und ist seither in 25 Staaten von dieser Zone aus bis zum Horn von Afrika aktiv.

Die globale militärische Neuorganisation der USA im Mittleren Osten und Zentralasien hat also eine weit längere Vorgeschichte als der nun begonnene »Kampf gegen den Terrorismus«. Sie bietet die Basis für weitere Feldzüge in der Region. Irak wird allem Anschein nach das nächste Ziel sein, aber kaum das letzte. Hinter diesem Ausbau steht das immer wieder zu nennende Interesse Washingtons, sich energetischer Ressourcen zu bemächtigen. Unter der derzeitigen Administration im Weißen Haus hat das

Pentagon wieder einen deutlich größeren Einfluss erhalten. Eine der ersten Amtshandlungen nach der Übernahme der Amtsgeschäfte durch George W. Bush war die Korrektur bestimmter sicherheitspolitischer Grundlinien der vorangegangenen US-Regierung. Unter William Clinton war der Rüstungshaushalt merklich gekürzt und das militärische Engagement der USA auf dem Globus neu bestimmt worden, die in Übersee stationierten Truppen wurden um 60 Prozent reduziert. Allein in Europa machten 700 militärische Einrichtungen ihre Pforten dicht. Paradoxerweise ging der Rückgang der quantitativen Präsenz mit einer Zunahme des militärischen Engagements einher. Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums waren in den vergangenen Jahren zwischen vierzig- und sechzigtausend US-Soldaten an »temporär und regional begrenzten Einsätzen in mehr als einhundert Staaten« beteiligt. Zugleich waren 200.000 Soldaten in ständigen Missionen stationiert, in internationalen Gewässern hielten sich 30.000 Soldaten der US-Navy auf.

Anfang 2001 wurde der Abschlussbericht der parteienübergreifenden Kommission des US-Senats über die »Nationale Sicherheit im 21. Jahrhundert« vorgestellt. Darin wird eine Reduzierung der Truppen befürwortet. Dem Bericht zufolge sollen »kleine Eingreiftruppen« geschaffen werden, die abseits der bisherigen Strukturen »schnell, gezielt und technisch überlegen« eingreifen können. Tim Garden, Sicherheitsexperte des britischen Royal Institute of International Affairs, schrieb, dass »alle Welt nach der Wahl von George W. Bush einen weiteren militärischen Rückzug erwartet hat, eine Konzentration auf die eigenen Angelegenheiten«. Dem entgegen aber seien die militärischen Aktivitäten geradezu explodiert.

VOM KAVKASUS BIS CHINA

Nach dem Afghanistan-Krieg ist es daher durchaus von Interesse, das militärische Vordringen der USA in der Region und die hauptsächlichsten Interessen zu reflektieren. Michel Chossudovsky, Professor an der Universität von Ottawa, schreibt in einer aktuellen Studie über die Expansion der USA in Zentralasien: »Krieg und

Globalisierung gehen Hand in Hand. Die Militarisierung des Globus ist ein fester Bestandteil der neoliberalen Agenda. Während der US-Militärhaushalt immer weiter aufgebläht wird, werden dem Gesundheits- und Bildungswesen dringend notwendige Mittel verweigert. (...) Das zeigt, dass das Weiße Haus nichts anderes als der verlängerte Arm des militärisch-industriellen Komplexes ist. Im Mittleren Osten, auf dem Balkan und in Zentralasien haben die USA mittels der NATO zentrale strategische Positionen besetzt. Zum einen wurde die Regierung damit den Forderungen der US-amerikanischen und britischen Ölgesellschaften gerecht, die eng mit der Rüstungsindustrie kooperieren. Zum anderen drang die US-Militärmacht weit auf ehemaliges sowjetisches Territorium vor. Einziger Nutznießer dieser Entwicklung war eben der militärisch-industrielle Komplex.«

Tatsächlich finden die Truppenstationierungen der vergangenen Jahre in den Regionen statt, die über einen hohen Reichtum energetischer Ressourcen verfügen. Im Falle des Persischen Golfes sind das mit 679 Milliarden Barrel 65% der bekannten weltweiten Erdölvorkommen und 35% der bekannten Erdgasreserven. Die kaukasische Region und Zentralasien verfügen über 35 Milliarden Barrel nachgewiesene Erdölvorkommen. Jüngste geographische Studien sprechen von Vorkommen bis zu 235 Milliarden Barrel, und auch wenn diese Zahlen weit unter denen des Persischen Golfes liegen, könnte die Region ihre Position als zweitwichtigstes Ressourcenfeld behaupten. Zudem stehen die Gasreserven im Kaukasus mit 34% des globalen Vorkommens mit denen im Persischen Golf beinahe auf einer Stufe. Das Ergebnis einer einfachen Rechenaufgabe – die Addition der genannten Reserven – macht uns die enorme geostrategische Bedeutung der gesamten Region deutlich.

Ausnahmslos alle Studien und Schätzungen über den globalen Energieverbrauch in der nahen Zukunft weisen auf einen signifikanten Anstieg der Nachfrage nach Energieträgern hin. In Anbetracht des knappen Zeithorizontes ist eine Befriedigung dieser Nachfrage durch alternative Energiegewinnung auszuschließen. Binnen der nächsten drei Jahrzehnte werden Erdöl und Erdgas damit im Zentrum des Interesses bleiben.

Diese Entwicklung ist für die USA besonders bedeutsam, da das Land 2001 gut 54% seines Energiebedarfes durch Importe decken musste. Davon stammten nur knapp die Hälfte aus der westlichen Hemisphäre. Gut 30% wurden aus der Golfregion importiert (davon 18 Prozent aus Saudi-Arabien, 9% aus dem Irak und 3% aus Kuwait). 15% des US-Bedarfs wurden durch Importe aus Afrika gedeckt. Diese Abhängigkeit wird sich verschärfen. Der US-Energieminister, Spencer Abraham, erklärte am 20. Juni 2002 vor dem Komitee für Internationale Angelegenheiten des US-Repräsentantenhauses, dass im Jahr 2020 die Importe aus dieser Region voraussichtlich 62% des Bedarfes stellen werden. Extremmer noch ist die Nachfrage aus Europa. Für den alten Kontinent gehen Experten für das Jahr 2030 von einem Importbedarf in Höhe von 92% bei Erdöl und 81% bei Erdgas aus.

In der Nationalen Energiebehörde der USA hat man die, wie es heißt, »Bedrohung für die nationale Sicherheit« erkannt und sich darauf konzentriert, neue Erdöl- und Gasquellen zu erschließen, wenn möglich, auf dem eigenen Territorium; die Forschung an neuen Formen der Energiegewinnung wird empfohlen. Das scheint aber nur Beiwerk einer Strategie zu sein, die als Jahresbericht 2001 unter dem Namen »Cheney-Report« erstmals bekannt und recherchierbar geworden ist. An erster Stelle steht die Garantie des Zugriffs auf die energetischen Ressourcen im Ausland. In Anbetracht der Tatsache, dass die weltweit größte Nationalökonomie auch weiterhin darauf angewiesen sein wird, große Mengen von Energieträgern zu importieren, müsse »das vorrangige Zugriffsrecht auf die Quellen im Persischen Golf garantiert bleiben«.

Obgleich die Lobby der Energiewirtschaft in der Bush-Administration mit Bush selbst, seiner Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, oder Personen wie Gale Norton, Donald Evans oder Zalmay Khalilzad besonders augenscheinlich ist, so ist das Interesse der USA an immer mehr energetischen Ressourcen auch strukturell begründet und reicht damit weit über eine oder zwei Amtszeiten hinaus. Die USA arbeiten verstärkt darauf hin, ihre Importstrukturen im Energiesektor zu diversifizieren, um eine Abhängigkeit von einer Region oder einem Zulieferer zu vermeiden. Das wird allerdings nie einen Rückzug aus dem Mittleren Osten oder Zen-

tralasien bedeuten. Im Gegenteil ist mit einem Ausbau der Netzwerke in der Region zu rechnen, die Einfluss und Kontrolle perfekter gestalten werden.

Mit ihrer militärischen Präsenz in der Golfregion, dem Kaukasus und Zentralasien bewahren sich die USA nicht nur den direkten Zugriff auf die dortigen Energiequellen, indem sie ihren Unternehmen einen bevorzugten Status bei der Ausbeutung sichern. Auch präsentiert sich Washington als Garant für die Energiesicherheit von Europa und Japan. Diese globalen Kapitalzentren stehen in ihrer expansionistischen Logik in natürlicher Konkurrenz zu den USA, sind aber nur begrenzt fähig, ihre Interessen in vergleichbarer Stärke zu vertreten. Sitzen die USA aber einmal an den Schalthebeln der Fördertürme und Pipelines, werden sie damit auch den Zugriff etwaiger Konkurrenten regulieren können.

DREI MACHTZENTREN

Scheinbar geht die Etablierung der USA als Ordnungsmacht in der Region im Einverständnis mit den historischen Großmächten Russland und China vonstatten. Tatsächlich aber bewegt sich die Beziehung zwischen den drei Machtzentren in einem ständigen Spannungsfeld, in dem gerade die Ressourcenfrage immer wieder Konflikte mit sich bringt. Während es den USA gelungen ist, die wichtige Öltrasse Baku–Tbilissi–Ceyhan zu errichten, gelang es Moskau im nachhinein, sich an dem Projekt zu beteiligen. Damit wird der ehemalige Gegenspieler selbst zum Ölexporteur in die USA. Zugleich setzt Rußland alles daran, in Europa neue Absatzmärkte zu erschließen und dringt mit der Pipeline »Druschba« bis an die Adria vor.

In China wurden jüngst die Pläne zum Bau der Pipeline Xinjiang–Shangai unterzeichnet. Die Trasse soll eine Gesamtlänge von 4200 Kilometer haben und wird voraussichtlich 20 Milliarden Dollar kosten. Mit dem Projekt sollen an erster Stelle die reichen Vorkommen in der krisenerschütterten Provinz Xinjiang erschlossen werden, deren Bevölkerung hauptsächlich muslimisch und der Zentralregierung nicht gerade günstig gesonnen ist. Mit der

Pipeline werden die begehrten Ölvorkommen Zentralasiens aber auch mit den rasch expandierenden Ökonomien der asiatischen Staaten verbunden. An der internationalen Beteiligung (Petrochina, Gazprom, Royal Dutch/Shell, Exxon/Mobil) zeigt sich, wie sich große Wirtschaftsmächte trotz aller Konkurrenz in richtungsweisenden Projekten zusammenschließen.

Trotzdem scheint mit den USA der zentrale Akteur in der Region für lange Zeit festzustehen. Das ist nicht zuletzt der täglich wiederholten Drohung geschuldet, die eigenen Interessen auch militärisch durchzusetzen.